

# Mitte-Frauen warnen vor Individualisierung

Trotz des Ja zur Individualbesteuerung soll die Partei an der Initiative zur Abschaffung der Heiratsstrafe festhalten.

**Anna Wanner**

Das Resultat hat die Mitte-Partei auf dem falschen Fuss erwischt: 54 Prozent sagten am 8. März Ja zur Individualbesteuerung – und glaubten den Argumenten der Gegnerinnen und Gegner nicht, dass dadurch alles nur komplizierter, unge rechter und teurer wird.

Trotz Niederlage gibt sich die Mitte-Partei nicht geschlagen. Sie hat bis heute ihre eigene Initiative zur Abschaffung der Heiratsstrafe nicht zurückgezogen. Sie verfolgt damit zwar das gleiche Ziel, verheiratete Paare steuerlich zu entlasten. In der Umsetzung bietet die Initiative aber ein Gegenprojekt zur Individualbesteuerung, weil sie an der Ehe als Wirtschaftsgemein-

schaft festhalten will und damit auch an einer gemeinsamen Besteuerung von Ehepaaren.

Noch ist nicht entschieden, ob sich das Initiativkomitee zu einem Rückzug der «Fairness-Initiative» durchringen wird. Aus heutiger Sicht ist der Rückzug eher unwahrscheinlich. Denn ein erster Vorentscheid liegt vor: Die Mitte-Frauen äußern klar den Wunsch, an der Initiative festzuhalten. Präsidentin Christina Bachmann-Roth sagt, die rund 120'000 Unterschriften für die Initiative seien gesammelt und bestätigt – und die Initiative sei nie als Plan B gedacht gewesen. Jetzt gelte es, über das Anliegen abzustimmen. «Das ist keine Zwänge rei», sagt Bachmann-Roth. «Die beglaubigten Unterschriften für

das Anliegen legen die Basis für einen demokratischen und von der Verfassung vorgegebenen Weg.»

## Ehe als patentenes Mittel für Paare und für den Staat

Anstatt abermals mögliche Nachteile der Individualbesteuerung vorzutragen, wollen die Mitte-Frauen den Fokus auf die Gemeinschaft legen. Sie warnen in ihrer Stellungnahme vor einer Gesellschaft, in der «nur noch das Individuum und die persönliche Freiheit zählt». Carearbeit und familiäre Verantwortung seien tragende Säulen der Gesellschaft und entlasteten den Finanzhaushalt des Staates. Vor diesem Hintergrund sei es ungerecht, verheiratete Eltern steuerlich zu be-

strafen, die dann in der Phase der Kinderbetreuung ihre Erwerbsarbeit reduzieren, sagt Bachmann-Roth.

Dass die Konkubinats-Paare vom Nutzen einer gemeinschaftlichen Besteuerung wie dem Vollsplitting oder einer alternativen Steuerberechnung ausgeschlossen sind, sei eine «bewusste «Grenzziehung». Bachmann-Roth sagt: «Wir wollen keine Lebensform bestrafen, weder die Ehe noch das Konkubinats. Wer nicht heiraten will, soll dafür nicht bestraft werden, wer heiratet auch nicht. Das ist der Unterschied zwischen Wahlfreiheit und Zwang.» Allerdings: Sowohl die alternative Steuerberechnung als auch das Splitting sind nicht zivilstandsneutral. In beiden Varianten

überwiegt der Heiratsbonus. Die Mitte-Frauen plädieren für eine umfassende Betrachtung des Systems.

«Es ist falsch, das Steuerwesen isoliert umzukrempeln», sagt Christina Bachmann-Roth. Denn die Konsequenzen seien nicht zu Ende gedacht. «Wenn Paare sich über die Ehe gegenseitig absichern, entlastet das die Gesellschaft.» Im Konkubinats fehle diese rechtliche Absicherung. Wer in einer solchen Beziehung zurücksteckt, habe im Ernstfall keinen Anspruch auf Ausgleich. Diese Schutzlücke habe reale Kosten sowohl für die Betroffenen wie für die Allgemeinheit, sagt Bachmann-Roth. Vor diesem Hintergrund dürften Ehepaare steuerlich nicht abgestraft werden.